

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Eine Million fünfhunderttausend...

Allein an diesem Tag, am 23. April – und nur als Beispiele:

- 500 Stahlkocher demonstrieren gegen die drohende Schließung des Arcelor-Mittal-Stahlwerks in Eisenhüttenstadt.

- Die Beschäftigten der Gießerei MTK in Kitzingen legen ganztägig die Arbeit nieder, um gegen die anstehende Entlassung von 300 der 800 Beschäftigten zu protestieren, die von der Unternehmensleitung und der Drohung, sonst den ganzen Betrieb zu schließen, erzwungen werden soll.

- 3.000 deutsche und französische KollegInnen der Conti-Werke versammeln sich auf einer kämpferischen Demonstration in Hannover gegen drohende Werkschließungen und Entlassungen.

Und am gleichen Tag protestieren 2.500 Beschäftigte des Autozulieferers Mahle in Stuttgart gegen die geplante Schließung des Werkes im bayrischen Alzenau, nachdem schon am Wochenende davor 3.000 Beschäftigte in Alzenau auf die Straße gegangen waren.

Sieht so „sozialer Friede“ aus?

Verpflichtet das den DGB-Vorsitzen Sommer nicht gerade dazu, vor „sozialen Unruhen“ zu warnen, „wenn die zerstörerischen Lasten der Krise weiterhin auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden“?

Am 29. April versammeln sich auf einer Solidaritätsveranstaltung gegen die geplante Entlassung von 187 Beschäftigten und die Schließung der gesamten Fertigung der Humboldt-Wedag-Werke in Köln KollegInnen von Humboldt-Wedag und weiteren Metall-Betrieben, GewerkschafterInnen, viele aus der IG Metall, und SozialdemokratInnen.

Die Versammlung rief auf zum Kampf für ein dringliches Entlassungsverbot.

1. Mai: Die KollegInnen des Kabelwerks Nexans in Vacha demonstrieren in Eisenach. Ihr Betrieb mit 180 MitarbeiterInnen, Rest des ehem. VEB-Kabelwer-

kes, soll endgültig plattgemacht werden. Weitere 300 Arbeitsplätze von Zuliefererbetrieben sollen ebenfalls verschwinden. Und was wird mit dem Opel-Werk in Eisenach mit 1.500 Beschäftigten?

„Thüringen droht das Ende seiner

keit geworfen werden. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) lobte nach einem Treffen mit Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt und DGB-Chef Michael Sommer die Einigung von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften auf die



Hannover, 23. April 2009.....

Industrie“, Uwe Laubach, Bevollmächtigter der IG Metall in dieser Region, rechnet mit dem Schlimmsten. In 38 von 40 Betrieben in der Region Eisenach wird kurzgearbeitet. „Ein Drittel ist in akuter Not, ein Drittel vielleicht nicht mehr zu retten“, warnt Armin Schild, Bezirksleiter der IG Metall.

Erfordert die Rettung all dieser Arbeitsplätze nicht das sofortige Verbot jeder Arbeitsplatzvernichtung?

Bundesweit sind 1,5 Millionen in Kurzarbeit. Fast eine halbe Million ArbeitnehmerInnen haben in den ersten vier Monaten des Jahres ihren Arbeitsplatz verloren. Und auf ihrem Krisengipfel verkündet die Regierung der Großen Koalition, dass in diesem und im nächsten Jahr weitere 1,5 Millionen (nach offizieller Prognose) in die Arbeitslosig-

Verlängerung der Kurzarbeit auf 24 Monate, wobei die Bundesagentur für Arbeit künftig den Arbeitgebern die Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit nach sechs Monaten voll erstatten wird.

Scholz erklärt dazu: „Ich bin mir sicher, mit unserem Modell der Sozialpartnerschaft können wir gut durch die Krise kommen.“

„Sozialpartnerschaft“, wo die Krisenverursacher den ArbeitnehmerInnen die Kosten ihrer Krise aufzwingen, Kurzarbeit, Lohnkürzungen, Zerreißen von Tarifverträgen, immer massivere Arbeitsplatzvernichtung und Produktionsstilllegungen?

„Sozialpartnerschaft“ – dieser soziale Krieg gegen die ArbeitnehmerInnen und

(Forts. S. 2)

Eine Million fünfhunderttausend... (Forts. v. Seite 1)

ihre Existenzgrundlage, der auch die Gewerkschaften bedroht. „Diese Krise (...)“ so Schild, „birgt für uns auch ein Megarisiko“.

Am 21. März forderte Olaf Scholz „eine staatliche Beteiligung zur Rettung von Opel“. Seit dieser Erklärung ist gefährlich viel Zeit vergangen. Inzwischen verfolgen Merkel und Wirtschaftsminister zu Guttenberg unter dem Diktat der US-Regierung auf der Suche nach einem entsprechenden „Investor“ den „aggressiveren Umstrukturierungsplan“, der gegen den Widerstand der KollegInnen und ihrer Gewerkschaft massive Lohnkürzungen und Massenentlassungen erzwingen soll.

In dieser Situation haben Opel-KollegInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen vorgeschlagen, dass die IG Metall den vereinten Marsch aller Opelner und KollegInnen der Zuliefererbetriebe zur Bundesregierung in Berlin organisiert, um die Initiative für die staatliche Garantie der Arbeitsplätze und Tariflöhne aller KollegInnen der Opel- und Zuliefererbetriebe einzufordern.

Welche SPD wird sich auf eine solche Rettungsmaßnahme verpflichten und den Kampf dafür eröffnen?

IG-Metall-Vorsitzender Berthold Huber erklärt auf der 1.-Mai-Demonstration: „An die Regierung appelliere ich: Nicht nur Banker, alle Menschen haben ein Recht auf Zukunft, seien es Automobilarbeiter, Bergleute oder die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten – sie alle haben das Recht auf einen staatlichen Rettungsschirm für die Betriebe. Sie alle haben Anspruch auf einen Schutzschirm für Beschäftigte.“

Kann das für Millionen ArbeitnehmerInnen etwas anderes bedeuten als das Recht aller ArbeitnehmerInnen auf die staatliche Garantie zum Erhalt ihrer

Arbeitsplätze, garantiert durch das Verbot aller Entlassungen?

In ihrem Offenen Brief an die Vorstände der Gewerkschaften, der am 1. Mai von weiteren Hunderten KollegInnen unterstützt wurde, appellieren GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen an die Gewerkschaftsführungen, die gesamte Arbeiterschaft zur DGB-Demonstration am 16. Mai in Berlin zu mobilisieren, um von der Regierung zu fordern:

Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst – angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten!

Ist eine solche Maßnahme nicht die einzige Lösung, um den Niedergang in die schwerste soziale Krise zu stoppen?

Die KollegInnen von Opel und anderen Industriebetrieben der betroffenen Rhein-Main-Region, die SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen, die auf der AfA-ArbeitnehmerInnen-Konferenz am 28. März in Rüsselsheim die Worte von Olaf Scholz nach staatlicher Beteiligung zur Rettung von Opel begrüßt haben, haben gehofft, dass der SPD-Arbeitsmini-

..... Aus dem Inhalt

• **DGB-DEMO 16. MAI**
Für die Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen nach Berlin, um von der Regierung zu fordern:
Verbot von Entlassungen

• **WAHLEN IN SACHSEN: KandidatInnen für ein Sofortprogramm zum Schutz der Bevölkerung und Arbeitsplätze gegen die Krise**

• **USA: Arbeiterbewegung im Konflikt mit Obamas Politik**
.....

ster die Initiative für eine staatliche Garantie aller Arbeitsplätze bei Opel und den Zulieferern ergreife und durchsetze.

Doch von Scholz wurde nichts mehr gehört. Hat er sich der Disziplin des Führungstrios der SPD, der Müntefering, Steinbrück, Steinmeier unterworfen, die eisern für eine Politik in der Großen Koalitions-Regierung sorgen, die die Krisenverursacher, die Spekulanten und ihre Rendite- und Profitinteressen rettet und die Rechnung für die verheerenden Krisenschäden der arbeitenden Bevölkerung serviert.

Auf der bundesweiten Konferenz am 18./19. April haben sich die Delegierten aus 8 Bundesländern, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen in und außerhalb der SPD, an alle GenossInnen und KollegInnen gewandt mit dem Aufruf, sich zu organisieren, um die Bedingungen dafür zu entwickeln, dass sich die SPD von den Steinbrück, Steinmeier, Müntefering befreit. Damit sie die notwendigen Sofortmaßnahmen zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise zu ihrer Aufgabe machen kann.

Wenn Scholz klar Stellung bezieht und für den Erhalt von Opel zu kämpfen bereit ist, wird er sich auf die Mobilisierung der gesamten Arbeitnehmerschaft stützen können.

„SPD-Verantwortliche und eine SPD, die sich heute auf ein Verbot von Entlassungen, auf politische Maßnahmen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen und Arbeitsplätze gegen die Krise verpflichten, können Merkel und ihr Interessensklintel aus der Regierung vertreiben und die Unterstützung der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen für die Eroberung der Regierungsmacht gewinnen.“ (Erklärung der Konferenz.)

CARLA BOULBOULLÉ

IMPRESSUM: Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die „Redaktion Soziale Politik & Demokratie“ unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbände (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Internationalen Informationen« übernommen. In den »Internationalen Informationen« werden auch die Texte der »Europäischen Arbeitnehmerverbände« veröffentlicht.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 14. 5. 2009

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale_Politik_und_Demokratie@t-online.de
Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an

diese Adresse schicken. /
www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:
Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gotthard Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröder, Hans Weigt, Monika Wernecke, Axel Zutz

HerausgeberInnen:
Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse

Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Axel Bachner

Thüringen:
Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:
Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz

Baden-Württemberg: Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro
Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 € (bzw. 2,50 € Monatsrate) bezogen werden.
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin